

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXIII/200

Bonn, den 21. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Gefestigte Demokratie</u> Zu den Kommunalwahlen in Hessen, Saarland und Baden-Württemberg	80
3 - 4	<u>Moderne Berufsausbildung</u> Ein längst fälliges Gesetzeswerk Von Harry Liehr, MdB	88
5	<u>Spießbürgerliche Borniertheit</u> Unnützer Streit um Sportabzeichen an Strafgefangene	46
6	<u>Neue Konturen zwischen Washington und Paris</u> Vietnam, Mittelost, Währungssystem und Tschechoslowakei Von Georg Scheuer, Paris	34

Gefestigte Demokratie

Zu den Kommunalwahlen in Hessen, Saarland und Baden-Württemberg

sp - Kommunalwahlen haben im allgemeinen eine geringere Wahlbeteiligung aufzuweisen, als Länder- und Bundestagswahlen. Das trifft besonders auf die Großstädte zu. Eine 70 prozentige Wahlbeteiligung gehört fast schon zu den Rekordleistungen. Kommunalwahlen erhitzen in der Regel keine politischen Temperamente. Regionale Besonderheiten wiegen hier oft schwerer, als die von den Parteien gesetzten politischen Leitlinien. Wählervereinigungen ohne politische Bindungen spielen bei Kommunalwahlen oft eine beachtliche Rolle, besonders in Baden-Württemberg, das auf diesem Gebiet im Vergleich zu anderen Ländern beträchtlich abweicht. In Hessen und Saarland hingegen entzündet sich der Kampf um die Gemeindeparlamente durch die von den Parteien gestellten Bewerber.

Die Kommunalwahlen in diesen drei Ländern beanspruchten insofern auch das allgemeine politische Interesse in der Bundesrepublik, als deren Ergebnis Aufschluß geben sollte über die Chancen der NPD. Hier hat sich, von wenigen Ausnahmen im Saarland abgesehen, der bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen offenbar gewordene Rückwärtstrend wiederholt. Diese Partei konnte weder in Hessen noch in Baden-Württemberg ihre Erfolge bei den Landtagswahlen nachvollziehen, sie hat Stimmeneinbußen bis zur Hälfte hinnehmen müssen. Das ist eine erfreuliche Tatsache, sie beweist, daß es sich lohnt, die Auseinandersetzung mit dieser ihren Namen zu Unrecht führenden Partei politisch-offensiv zu führen. Freilich wäre es falsch, anzunehmen, man könnte die NPD als politisches Gebilde links oder rechts liegen lassen. Sie bleibt als Sammeltecken aller Unzufriedenen eine potentielle Gefahr und es ist die Aufgabe aller demokratischen Parteien, schon um des Ansehens der Bundesrepublik willen auch die künftigen Auseinandersetzungen mit dieser Partei in aller Schärfe zu führen. Hier darf es kein Nachlassen der Wachsamkeit geben.

Die gemeinsame Abwehrfront gegen die NPD schließt ein hartes Ringen der demokratischen Parteien untereinander nicht aus, es belebt die Demokratie und fördert die politische Bewußtseinsbildung. In Hessen, dem viel gerühmten sozialdemokratischen Musterland, konzentrierte die CDU ihre Anstrengungen gegen die Sozialdemokratie und sie tat es oft auf eine nicht unbedenkliche, die Grenzen der Fairness überschreitenden Weise. Und das Ergebnis? Die Sozialdemokraten haben zwar - und dies vor allem in den Großstädten - einige Verluste hinnehmen müssen, doch haben sie immer noch mit einer Mehrheit von 20 Prozent aller auf sie abgegebenen Stimmen einen beträchtlichen Vorsprung vor der CDU. Die SPD erhielt 49,9 Prozent der Stimmen (1964: 51,7 Prozent), auf die CDU entfielen 29,7 Prozent (1964: 29 Prozent), eine im großen und ganzen nur minimale Verschiebung. Die Freien Demokraten konnten sich mit 10,4 Prozent bei einem Verlust von 1 Prozent ganz gut behaupten. Die Führungsrolle der SPD auch in den hessischen Gemeinden blieb unbestritten. An den für alle sichtbaren Leistungen sozialdemokratischer Kommunalpolitiker brach der Ansturm der CDU zusammen, obwohl sie alle Kraft einsetzte, um Einbrüche im sozialdemokratischen Bereich zu erzielen.

Das Ergebnis in der hessischen Metropole Frankfurt weist einige häßliche Flecken auf. In das Stadtparlament der Goethe-Stadt ziehen vier Vertreter der NPD ein, die SPD behielt zwar ihre führende Rolle, mußte jedoch einige Verluste an Stimmen und Mandaten hinnehmen. Für die Frankfurter Sozialdemokraten besteht Anlaß zur Gewissenserforschung.

Im Saarland erhielten die Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen im Jahre 1964 einen Stimmenzuwachs von 10,2 Prozent. Sie hatten damit zum ersten Male in der Geschichte dieses Landes die CDU an Stimmen überrundet. Ein Wunder wäre es gewesen, hätte man diesen Vorsprung halten können. Die Verluste der SPD und die Stimmengewinne der CDU halten sich mit rund 2,5 Prozent in recht bescheidenen Grenzen. Der CDU kam das Wählerreservoir der Christlichen Volkspartei des verstorbenen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann zugute, das von 7,6 Prozent auf 2,3 Prozent zusammenschmolz. Die Differenz zwischen SPD und CDU besteht zugunsten der CDU nur aus 2,5 Prozent, womit nur eine unwesentliche Kräfteverschiebung erfolgte. Die Sozialdemokraten verfügen im Saarland über eine feste und solide, nicht mehr zu erschütternde Basis; sie stehen in den Städten an der Spitze und sind auf dem Lande stark vertreten.

5,2 Prozent der Wähler entschieden sich im Saarland für die NPD. Ihre Schwerpunkte liegen in Gebieten, die wirtschaftlich zu kurz kamen und die eine verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit aufweisen. Frühere CDU-Regierungen haben es hier versäumt, rechtzeitig strukturpolitische Maßnahmen zu treffen. Dieses Versäumnis erhärtet die These, daß wirtschaftliche Rückentwicklung oder Stillstand in einigen Gebieten den Boden für Links- und Rechtsradikalismus abgibt, denn auch die DDU konnte in einigen wirtschaftlich vernachlässigten Gebieten mehr Stimmen auf sich vereinigen als im Landesdurchschnitt (2,6 Prozent) auf sie entfiel.

Eine Bewertung der Kommunalwahlen von Baden-Württemberg - hier galt es nur die Hälfte der Kommunalvertreter zu wählen - ist zur Stunde noch nicht möglich. Das eigenartige Wahlsystem verzögert die Auszählung der Stimmen und bedingt auch andere Maßstäbe. Eine vorläufige Übersicht ergibt einen leichten Stimmenrückgang der SPD, der kaum zu Buche schlägt. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, daß bei den Wählervereinigungen auch Sozialdemokraten firmieren, obwohl sich diese Vereinigungen nicht auf eine politische Partei festgelegt haben.

Alles in allem: Die drei demokratischen Parteien können zufrieden sein. Die Sozialdemokraten haben den Tiefstand überwunden, den sie vor zwei Jahren hatten. Die Voraussetzungen für den Bundestagswahlkampf 1969 sind für sie weitaus besser geworden. Das wiedergewonnene Selbstvertrauen dieser Partei trägt heute schon Früchte und kommt der Festigung des demokratischen Gefüges der Bundesrepublik zugute.

+ + +

Neue Konturen zwischen Washington und Paris

Vietnam, Mittelost, Währungssystem und Tschechoslowakei

Von Georg Scheuer, Paris

Mehrere Ereignisse haben in letzter Zeit zu einer veränderten diplomatischen Atmosphäre zwischen Washington und Paris geführt: Die seit dem Frühjahr in Paris laufenden Vietnam-Friedensverhandlungen, die innenpolitischen Ereignisse in Frankreich und schließlich die sowjetische Invasion in der Tschechoslowakei.

Die Differenzen zwischen Elysée und dem Weißen Haus bestehen fort, das bewiesen die letzten Gespräche des neuen französischen Außenministers Michel Debré in New York und Washington. Die Meinungsverschiedenheiten erscheinen aber jetzt in neuem Licht und werden in neuer Form ausgetragen.

Weiterhin ist man verschiedener Auffassung in punkto Vietnam, Mittelost und Währungssystem. Geändert sind jedoch Klima und Perspektiven.

Die von General de Gaulle in Phnom Penh verkündeten Grundsätze zur Wiederherstellung des Friedens in Südostasien werden in Elysée weiterhin als gültig betrachtet. Die Tatsache jedoch, daß Frankreich Gastgeber für die amerikanisch-vietnamesischen Friedensverhandlungen ist, veranlaßt die führenden Pariser Kreise zu diplomatischer Zurückhaltung.

Andererseits wurde auch de Gaulles Offensive gegen den Dollar seit der diesjährigen Mairevolution und den daraus folgenden französischen Devisenschwierigkeiten zurückgestellt.

Vor allem aber hat das sowjetische Vorgehen gegen die Tschechoslowakei zu einer Annäherung aller Westmächte einschließlich Frankreichs geführt. Die Enttäuschung über den neuen Kremkurs ist in Paris nicht geringer als in Washington.

Die internationale Lage ist mehr denn je in Fließen. Immer noch hofft man an der Seine auf ein gewisses Nachgeben der Sowjets in Prag und erwartet andererseits einen Wendepunkt in der amerikanischen Vietnampolitik.

Vor den tschechoslowakischen Ereignissen gab es in Washington und in Paris parallele und zum Teil rivalisierende Ost-West-Kontakte. Wird es in der nächsten Phase der Weltpolitik zwischen den beiden Westmächten größere Verständigungsbereitschaft geben? Für Deutschland ist die Beantwortung dieser Frage von besonderer Bedeutung.